

für Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hameln e. V.  
 Redaktion: Hans – Georg Spangenberg

## 1. Juden und Christen – in den deutschsprachigen und anderen europäischen Ländern

- **Zum Jahrestag der Novemberpogrome von 1938 ist in Deutschland die Debatte über die Form des Gedenkens erneut aufgeflammt.** Die Frage nach dem „richtigen Erinnern“ stehe hoch im Kurs, sagte der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster. Nach den Worten von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier braucht es „andere Formen und Formate, mit denen wir Gedenktage und Erinnerungstage lebendig und für die Gegenwart bedeutsam machen können“. An vielen Orten in Deutschland wurde an die Opfer der gegen Juden gerichteten Nazi-Pogrome etwa mit Gedenkveranstaltungen und Mahnwachen erinnert. Im Berliner Schloss Bellevue stand eine Veranstaltung mit dem Titel „Wie erinnern wir den 9. November? Ein Tag zwischen Pogrom und demokratischen Aufbrüchen“ auf dem Programm. Sie wurde von dem Tod des früheren DDR-Bürgerrechtlers Werner Schulz überschattet, der während der Tagung starb. „Wir haben die Veranstaltung aufgrund dieses tragischen Vorfalles abgebrochen“, erklärte der Zentralrat. Der 9. November steht in Deutschland für mehrere historische Ereignisse: Am 9. November 1918 rief Philipp Scheidemann nach dem Ersten Weltkrieg die Republik aus. Der 9. November 1938 steht für die Novemberpogrome der Nationalsozialisten, und am 9. November 1989 fiel die Mauer in Berlin. Bei der Tagung sagte Steinmeier, es gehe darum, die Mehrdeutigkeit dieses Datums als Gedenktag „in all seinen Facetten noch stärker in unserem ganzen Land zu verankern“. Es sei möglich, „der hellsten und der dunkelsten Stunden deutscher Geschichte des 20. Jahrhunderts, so sperrig sie sich gegeneinander stellen, gemeinsam zu gedenken und sie in ihrer Bedeutung für die Gegenwart gemeinsam ins Gedächtnis zu rufen“, so Steinmeier. Diese Ambivalenz auszuhalten, gehöre dazu, wenn man Deutscher sei. Es werde „in unserem Land niemals wahrhaftig des 9. Novembers gedacht werden können, ohne den Zivilisationsbruch des Holocausts zu erinnern“, sagte Steinmeier. „Immer wird uns der 9. November zum Kampf gegen den Antisemitismus auffordern.“

Schuster widersprach unterdessen der Rede vom „deutschen Schicksalstag“: „Es war kein Schicksal, dass die Deutschen zu Vernichtern des europäischen Judentums wurden“, sagte er. „Es waren Entscheidungen, die zu bestimmten Zeiten an bestimmten Orten getroffen wurden.“ Die „ikonischen Bilder vom Sturz der Mauer voller Zuversicht, Hoffnung und Farbe“ dürften nicht „die Bilder der brennenden Synagogen voller Verzweiflung, Trauer und dunkler Schatten überlagern“. Der 9. November 1938 bedeute „die Zäsur, in der Deutschland den Zivilisationsbruch einleitete“.

Das Internationale Auschwitz Komitee appellierte in einer Mitteilung an die Menschen in Deutschland, sich von Hetze und Agitation rechtsextremer Gruppen und Parteien zu distanzieren. Der Vorstand der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschland erklärte: „Wir brauchen Erinnerung, aber sie muss anders definiert werden, damit jüdisches Leben in Deutschland nicht nur auf historische und politische Ereignisse wie die Shoa oder den Nahostkonflikt reduziert wird.“ Damit werde man den in Deutschland lebenden Juden nicht gerecht. „Vor allem über jüdisches Leben, die positiven Beiträge des Judentums zur deutschen und europäischen Kultur und gemeinsame Berührungspunkte ist immer noch viel zu wenig bekannt.“ (kna öki 15.11.2022)
- **Nach Schüssen auf die Alte Synagoge in Essen ist ein Deutsch-Iraner in den Blick der Ermittler geraten.** Bereits seit einer Woche sitzt der 35-Jährige in Untersuchungshaft, wie die Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf mitteilte. Festgenommen wurde er jedoch wegen einer anderen Tat: Er soll versucht haben, einen Mann als Mittäter zu einem Brandanschlag auf die Synagoge in Dortmund anzustiften. Der 35-Jährige soll zudem am Abend des 17. November einen Molotowcocktail auf eine Schule direkt neben der Synagoge in Bochum geworfen haben. Am selben Abend waren zudem mindestens drei Schüsse auf den Eingangsbereich des Rabbinerhauses an der Alten Synagoge in Essen gefallen. Die Generalstaatsanwaltschaft prüft nun, ob es hier einen Zusammenhang mit dem Deutsch-Iraner geben könnte. (kna öki 29.11.2022)
- **Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat sich erschüttert über Schüsse auf die Tür des Rabbinerhauses in Essen sowie die Beschädigung einer Synagoge in Berlin**

**gezeigt.** Der Anschlag auf die Synagoge in Halle vor drei Jahren am jüdischen Feiertag Jom Kippur habe nicht zu einer Wende geführt. „Das Gegenteil ist der Fall: Die Zahl antisemitischer Straftaten steigt in Deutschland“, so Steinmeier. „Das alles schmerzt mich zutiefst.“ In Essen laufen die Ermittlungen wegen Einschusslöchern am Rabbinerhaus der Alten Synagoge. In Berlin hatten Unbekannte an der Synagoge in Schöneberg die Klingel an der Haustür des dort wohnenden Rabbiners beschädigt, Unrat deponiert und ein traditionelles jüdisches Holzkästchen mit einem Schriftstück entwendet. Die sogenannte Mesusa gilt als Talisman. Der Bundespräsident äußerte sich bei der ersten orthodoxen Rabbiner-Ordination in Niedersachsen seit Ende des Zweiten Weltkriegs. „Für mich ist es ein Tag der Hoffnung und der Freude.“ In Hannover habe es seit Jahrhunderten jüdisches Leben gegeben, ehe die Nationalsozialisten es fast vollkommen ausgelöscht hätten. Steinmeier zeigte sich bewegt von der Ordination von fünf Rabbinern und der Einführung eines Vorbeters. Sie alle bauten an dem, was die Demokratie ausmache: ein friedliches Miteinander der Religionen und die Achtung der Würde jedes Menschen. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, gratulierte den neuen Rabbinern und dem Kantor. „Das ist Ihre Ernte nach jahrelangem Studium.“ Zugleich betonte er, dass die jüdische Gemeinschaft in Deutschland verunsichert sei. So verzeichne die Bundesregierung erstmals seit 2015 einen Anstieg von Angriffen auf Unterkünfte für Geflüchtete. Der Antisemitismus bei der Kunstausstellung documenta sitze den Jüdinnen und Juden „tief in den Knochen“. Viele ältere und ärmere Gemeindemitglieder, darunter Zugewanderte aus den 1990er Jahren, sind laut Schuster mit der Bürokratie überfordert und bängen um die Anerkennung ihrer Lebensleistung, da sich Bund und Länder nicht über die Finanzierung eines Härtefallfonds einigen könnten. Ausgebildet wurden die Rabbiner an dem von der Ronald S. Lauder Foundation und dem Zentralrat der Juden in Deutschland unterstützten Rabbinerseminar zu Berlin. Es ordiniert seit 2009 orthodoxe Rabbiner und sieht sich als Nachfolgeinstitution des Hildesheimer'schen Rabbinerseminars, das 1938 von den Nationalsozialisten zwangsweise geschlossen wurde. Mittlerweile hat es 21 Männer in jüdische Gemeinden in Deutschland und ins Ausland entsandt. Die in Hannover ordinierten Rabbiner und der Vorbeter sind bereits in ihren Berufen tätig – unter anderem in Berlin, Köln, London und Darmstadt. (kna öki 29.11.2022)

- **Papst Franziskus hat zum gemeinsamen Friedenseinsatz von Juden und Katholiken aufgerufen.** „Unsere beiden Glaubensgemeinschaften haben den Auftrag, sich für eine brüderlichere Welt einzusetzen, Formen der Ungleichheit zu bekämpfen und für mehr Gerechtigkeit einzutreten, damit der Friede nicht jenseitiges Versprechen bleibt, sondern gegenwärtige Realität wird“, sagte das Kirchenoberhaupt bei einem Treffen mit Vertretern des Jüdischen Weltkongresses. Der Weg zu einem friedlichen Zusammenleben beginne mit der Gerechtigkeit, die zusammen mit der Wahrheit, der Liebe und der Freiheit eine der Grundvoraussetzungen für einen dauerhaften Frieden in der Welt sei. „Wie viele Menschen, die nach dem Bild und Gleichnis Gottes geschaffen sind, werden in ihrer Würde verletzt durch die Ungerechtigkeit, die unsere Welt heimsucht und die Ursache so vieler Konflikte ist, der Sumpf, aus dem Kriege und Gewalt erwachsen!“, klagte der Papst. Besonders erinnerte er an den Ukraine-Krieg und das Martyrium des ukrainischen Volkes. Gemeinsame und konkrete Initiativen zur Förderung der Gerechtigkeit erforderten „Mut, Zusammenarbeit und Kreativität“, so Franziskus weiter. Dabei seien gerade die Glaubensgemeinschaften aufgefordert, den „Sumpf der Ungerechtigkeit“ zu reinigen. Der Jüdische Weltkongress, 1936 in Genf gegründet, versteht sich als Vertretung jüdischer Interessen bei Regierungen und internationalen Organisationen. Ihr Hauptsitz ist seit 1983 in New York, weitere Büros befinden sich in Brüssel, Budapest, Buenos Aires, Johannesburg, Genf und Jerusalem. Präsident seit 2007 ist Ronald S. Lauder. “ (kna öki 29.11.2022)
- **Die vom Kabinett beschlossene Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben wird positiv aufgenommen.** So begrüßte etwa der Zentralrat der Juden in Deutschland das Konzept. Mit der Strategie könnten bestehende Programme überprüft werden, „was fehlt, um optimale Bedingungen für die Prävention und Bekämpfung von Judenhass zu schaffen und Jüdinnen und Juden bestmöglich einzubeziehen und zu unterstützen“, erklärte der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, Felix Klein, bei der Vorstellung in Berlin. Um gegen Judenhass vorzugehen, müssen gemäß der Strategie Gesetzeslücken geschlossen und „repressive Möglichkeiten“ wie Strafverfolgung oder Vereinsverbote konsequent ausgeschöpft werden. Der Opferschutz solle verbessert, über Unterstützungsangebote breit informiert werden ([https:// www.antisemitismusbeauftragter.de /SharedDocs/downloads/Webs/BAS/DE/nasas.html](https://www.antisemitismusbeauftragter.de/SharedDocs/downloads/Webs/BAS/DE/nasas.html)). Die Strategie nimmt neben verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wie etwa Schule und Sport auch das Internet in den Blick und verweist auf

antisemitische Verschwörungsmythen, Hass und Hetze. Um dies zu erkennen und melden zu können, sollen die Medienkompetenz von Menschen gestärkt und Bildungsprogramme gefördert werden. Mit dem Papier setzt Deutschland als bisher siebtes EU-Land eine Verpflichtung um, bis Ende 2022 nationale Strategien zur Antisemitismusbekämpfung vorzulegen. Zwölf weitere Länder bereiteten ihre Strategien vor und wollten sie bis zur ersten Jahreshälfte des kommenden Jahres vorlegen, kündigte die EU-Antisemitismusbeauftragte Katharina von Schnurbein an. Sie sagte, es sei etwa in der Lehrerbildung und in der Bildungsarbeit wichtig, dass nicht nur Geschichts- und Religionslehrkräfte das Thema Antisemitismus in der Schule aufgreifen. „Auch zum Beispiel Sportlehrer müssen ein Wissen über jüdisches Leben und seine Tradition haben, um Antisemitismus früh zu erkennen und handeln zu können.“ Dafür würden Programme aufgelegt. Von Schnurbein betonte: „Europa kann nur floriere, wenn jüdisches Leben in Europa floriert.“ Die Strategie stieß in ersten Reaktionen auf breite Zustimmung. Zentralratspräsident Josef Schuster erklärte: „Die Betonung der Betroffenenperspektive ist für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland ein wichtiges Zeichen zur richtigen Zeit.“ Jüdische Stimmen müssten gehört werden. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) erinnerte daran, dass es Antisemitismus „nicht nur an den Rändern, sondern auch mitten in unserer Gesellschaft“ gebe. „Antisemitismus ist ein Angriff auf alle Werte, für die wir als demokratischer Rechtsstaat stehen.“ Zustimmung kam auch aus der SPD-Bundestagsfraktion und von den Grünen. Auch der Vorsitzende der „Werteinitiative – jüdisch-deutsche Positionen“, Elio Adler, äußerte sich positiv. Sie setze einen „weitreichenden und durchdachten Rahmen für den Kampf gegen Antisemitismus“. Nötig sei nun, „dass dieser Rahmen mit konkreten Inhalten befüllt wird“. (kna öki 06.12.2022)

- Persönliches Fehlverhalten, Machtmissbrauch, schwer durchschaubare Verflechtungen, Abhängigkeiten, unrechtmäßige Entscheidungen: Schwere Vorwürfe gegen den Gründer des Abraham-Geiger-Kollegs, Rabbiner Walter Homolka, in ersten Ergebnissen eines neuen Gutachtens.** Insgesamt sei eine „Fehlverhaltenskultur“ in den untersuchten Einrichtungen sichtbar geworden. Das geht aus dem vorläufigen Gesamtergebnis hervor, das der Zentralrat der Juden bei der Kanzlei Gercke Wollschläger in Auftrag gegeben hatte und das am 7. Dezember vorgelegt wurde. Anlass waren Vorwürfe des Machtmissbrauchs an dem Ausbildungsort für liberale Rabbiner und Kantoren in Potsdam. Für Zentralratspräsident Josef Schuster ist klar: Homolka sei nicht mehr tragbar. Der Rabbiner hatte bereits im Vorfeld angekündigt, sich auf einigen Feldern zurückzuziehen, so von der Spitze des Abraham-Geiger-Kollegs. Dessen Leitung werde 2023 in neue Hände gegeben. Geplant ist, dass eine Ausbildungsstiftung Trägerin der Ausbildung werde. Darüber hinaus strebte er auch nicht mehr den Vorstandsvorsitz der Union progressiver Juden (UpJ) an, die am 11. Dezember zu Wahlen in Berlin zusammenkam. Hierin sehen Homolka und seine Unterstützer aber auch einen Grund dafür, warum die Ergebnisse gerade jetzt vorgestellt wurden. Seine Anwälte sprachen davon, dass versucht werde, den Rabbiner vor den UpJ-Wahlen zu diskreditieren. Es gibt auch Kritiker, die daran zweifeln, ob der Zentralrat überhaupt für ein eigenes Gutachten legitimiert ist. Die Juristen von Gercke Wollschläger, die auch schon das zweite Gutachten zur Aufarbeitung von Missbrauch im katholischen Erzbistum Köln erstellt hatten, nehmen das liberale Judentum insgesamt in den Blick: Es sei eine „Einflussnahme auf den Lebens- und/oder Karriereweg einzelner Personen möglich“ gewesen, da Homolka „durch die in seiner Person vereinten Ämter in den verschiedenen Institutionen faktisch nahezu alle Bereiche des liberaljüdischen Lebens abdeckte“. In der Tat ist Homolka eine zentrale Figur des liberalen Judentums in Deutschland und auch darüber hinaus. Er gründete bedeutende Einrichtungen beziehungsweise war daran beteiligt. Eine der Folgen: viele Ämter vereint auf eine Person. Das war auch Gegenstand der im Raum stehenden Vorwürfe – gegen die sich Homolka weiterhin wehrt. Der „Zeit“ hatte er Ende Oktober gesagt, er empfinde das Ganze nicht nur „als Kampagne, um mir zu schaden“. Sondern auch als „Attacke konservativer Kreise auf das liberale Judentum“. Und auch die Juristen von Gercke Wollschläger nahmen eine Fülle an Ämtern bei Homolka in den Blick. Die Kanzlei sieht zum Beispiel eine „Häufung von zum Teil inkompatiblen Ämtern“ und notiert: „Überdies verschafften ihm die Ämter ein überlegenes Wissen in Bezug auf die Strukturen und die Verflechtungen der einzelnen Institutionen, die von Dritten – wenn überhaupt – nur schwer zu durchschauen waren.“ Laut dem vorläufigen Gesamtergebnis liegen 23 Verdachtsfälle von Fehlverhalten gegen Homolka vor, teils handele es sich um „mindestens den Anfangsverdacht einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit“. Im Fall von Homolkas Ehemann, der ebenfalls in den Fokus von Vorwürfen gekommen war, sehen die Juristen 25 Verdachtsfälle von Fehlverhalten. Es soll sich zweimal um den Anfangsverdacht einer Straftat handeln. Konkrete Einzelheiten nennt das Papier nicht – das gesamte Gutachten wird erst für Anfang 2023 erwartet. Der Zentralrat als Auftraggeber des Gutachtens wurde deutlich. Homolka könne nicht in seinen Ämtern bleiben, das sei „mit

diesem Ergebnis nicht mehr denkbar“, so Präsident Josef Schuster. Es sei ein Umfeld geschaffen worden, „das den hohen moralischen und ethischen Standards einer Rabbinerausbildung nicht gerecht wird.“ Gleichwohl müsse diese abgesichert werden, jedoch sei die vom Kolleg angekündigte Neustrukturierung, nach der eine Stiftung die Rabbinerausbildung tragen soll, nicht geeignet. Homolka bestreitet weiter alle Vorhaltungen. Er will juristisch gegen einen im Oktober vorgelegten Untersuchungsbericht der Universität Potsdam vorgehen, der die Vorwürfe gegen ihn in Teilen bestätigt hatte. Diese bezogen sich auf „Vorwürfe des Machtmissbrauchs“. Nicht bestätigt wurden dagegen „Vorwürfe der Duldung sexuell belästigenden Verhaltens seitens seines Lebenspartners“. Aus der Untersuchung ergaben sich im Übrigen „keine straf- oder zivilrechtlichen Konsequenzen und insofern auch keine beamtenrechtlichen“. Auch wehrte sich Homolka über seine Anwälte gegen den Termin der Veröffentlichung erster Ergebnisse. Ohnehin handele es sich um „teils schwerwiegende und zugleich haltlose Vorwürfe“. Nun werden sich auch die untersuchten Einrichtungen mit den Ergebnissen befassen müssen. Der Zentralrat, das Bundesinnenministerium und das Brandenburger Forschungsministerium als Zuwendungsgeber des Geiger-Kollegs haben sich schon positioniert: Es müsse einen strukturellen Neuanfang geben, und bis dahin wollen sie das Kolleg im bisherigen Umfang finanzieren. (kna öki 13.12.2022)

- **Die Veröffentlichung erster Ergebnisse eines juristischen Gutachtens zu Vorwürfen gegen Rabbiner Walter Homolka hat unterschiedliche Reaktionen ausgelöst.** Der Zentralrat der Juden in Deutschland, das Bundesinnenministerium und das Brandenburger Wissenschaftsministerium wiesen Kritik unter anderen von Homolka an dem Gutachten zurück, das etwa Machtmissbrauch an der Rabbiner-Ausbildungsstätte Abraham-Geiger-Kolleg zum Thema hat, und forderten einen „umfassenden Neuanfang“. Der Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Schleswig-Holstein warnte dagegen vor einem dauerhaften Schaden für das liberale Judentum und forderte, Homolka müsse sich weiter für die Union progressiver Juden (UpJ) engagieren können. In einem Schreiben an den Unions-Vorstand hatte der Rabbiner seine Entscheidung bekräftigt, nicht mehr für das Leitungsgremium der UpJ zu kandidieren. In ihrer gemeinsamen Erklärung betonten der Zentralrat und die beiden Ministerien zu den Ergebnissen der Gutachter, es gebe „keinen Anlass, die Sachverhaltsdarstellung in Zweifel zu ziehen“. Mit Blick auf das Geiger-Kolleg forderten sie „rasch einen klaren Schnitt zu der bisherigen Struktur und einen umfassenden Neuanfang“. Der bisher an dem Kolleg erarbeitete Vorschlag entspreche diesem Erfordernis jedoch nicht. Zur Debatte steht eine Ausbildungsstiftung als Träger des Kollegs. Auch das Zacharias-Frankel-College wies den Vorschlag zur Neustrukturierung zurück. Das Konzept sei ohne Konsultation oder Mitwirkung von Vertreterinnen oder Vertretern des Frankel-College erarbeitet worden, bemängelte das an der Universität Potsdam angesiedelte Institut. Es bildet konservative Rabbinerinnen und Rabbiner aus, die gemeinsam mit liberalen am Institut für Jüdische Theologie studieren. Zudem dürfe der Neuanfang nicht zu Lasten der Studierenden und Beschäftigten am Geiger-Kolleg gehen, die nicht für die Missstände verantwortlich seien, heißt es in der Erklärung weiter. Bis zu einem „strukturellen Neuanfang“ werde das Kolleg im bisherigen Umfang weiter finanziert. Auch der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus, Felix Klein, betonte auf Anfrage der KNA, transparente Strukturen und klare Verantwortlichkeiten seien die Voraussetzung für die künftige staatliche Förderung. Gabriele Thöne, Interimsdirektorin des Geiger Kollegs, sieht in den Äußerungen eine tragfähige Basis für die Zukunft des Rabbinerseminars. „Auf dieser Grundlage setzen wir unseren Beitrag für die Neustrukturierung des Rabbinerseminars in Abstimmung mit allen Stakeholdern, Mitarbeitenden und Studierenden fort“, so Thöne. Sie glaube fest daran, dass man die noch strittigen Punkte klären könne. Ziel sei es, „eine starke und unabhängige liberale Rabbinerausbildung zu etablieren“. In einer weiteren Erklärung des Zentralrats betonte dessen Präsident Josef Schuster, ein Verbleib Homolkas in seinen bisherigen Ämtern sei „nicht mehr denkbar“. Dagegen forderte der Verband der Jüdischen Gemeinden von Schleswig-Holstein, dass Homolka seine Arbeit in der Union progressiver Juden „fortführen kann“, deren Aufbau er in 25 Jahren wesentlich gestaltet habe. „Sonst wird die Union einen Rückschlag erleben, von den sie sich nicht wieder erholen wird“, so der Landesverband von sechs liberalen Gemeinden. (kna öki 13.12.2022)
- **Der interreligiöse Netzwerker. Rabbiner Walter Homolka ist eine zentrale Gestalt des Judentums (von Karin Wollschläger, Berlin)** Wie kaum ein anderer hat Rabbiner Walter Homolka den Wiederaufbau des liberalen Judentums in Deutschland in den vergangenen drei Jahrzehnten vorangetrieben. Auf seine Initiative geht 1999 die Gründung des Abraham-Geiger-Kollegs in Potsdam zurück, wo seitdem liberale Rabbinerinnen und Rabbiner sowie Kantorinnen und Kantoren ausgebildet werden. Die Ordination der ersten Absolventen 2006

ist die erste in Deutschland nach der Schoah. 2013 kann Homolka ein weiteres Großprojekt realisieren: Mit der School of Jewish Theology an der Universität Potsdam wird erstmals eine jüdisch-theologische Ausbildung an einer staatlichen Universität in Deutschland verankert. Homolka ist ein Mann von Statur, in jeglicher Hinsicht. Er ist ein Netzwerker, auch auf internationaler Ebene, und ein Tausendsassa. So wird er im Laufe der Jahre zu einem der bekanntesten jüdischen Repräsentanten. Damit einhergehen zahlreiche Ämter – und naturgemäß Macht: Rektor des Geiger-Kollegs, Professor für Jüdische Religionsphilosophie der Neuzeit, Geschäftsführender Direktor der School of Jewish Theology der Uni Potsdam, Vorsitzender der Union progressiver Juden (UpJ) und vieles mehr. All diese Posten vereint Homolka im Frühjahr 2022 in seiner Person, als öffentlich Vorwürfe des Machtmissbrauchs gegen ihn vorgebracht werden. Er wehrt sich gegen die Vorhaltungen, lässt aber bis auf weiteres alle Ämter ruhen. Am 5. Dezember gab das Geiger Kolleg bekannt, dass sich Homolka von dessen Spitze zurückziehen wird. Diese soll in Form einer Stiftung ganz neu strukturiert werden. Zudem kandidierte er nicht erneut für den UpJ-Vorstand. Für eine Gesamt-Untersuchung beauftragt der Zentralrat der Juden in Deutschland eine Anwaltskanzlei. Erste Zwischenergebnisse wurden jetzt vorgestellt: 23 Verdachtsfälle von möglichem Fehlverhalten sehen die Juristen. Eine Untersuchung der Universität Potsdam sah Ende Oktober Vorwürfe in Teilen bestätigt. Es ergäben sich daraus aber keine rechtlichen oder disziplinarischen Konsequenzen. Unter anderem ging es um die Zulassung von Kandidatinnen und Kandidaten. Homolka wehrt sich juristisch gegen alle Vorwürfe und sieht auch Hoheitsrechte der Religionsgemeinschaft verletzt. In einem „Zeit“-Interview erklärt er: „Ja, ich war Chef und hatte Macht. Doch Machtgebrauch ist nicht schon Machtmissbrauch.“ Über Karrieren habe er niemals alleine entschieden, das seien stets Gremien gewesen. Zugleich räumt er ein, dass deren Strukturen „vielleicht nicht ideal“ gewesen seien.

Homolka kam 1964 im niederbayerischen Landau zur Welt. Die Mutter war evangelisch, der Vater katholisch, aber beide nicht praktizierend. Mit 17 konvertierte Homolka zum Judentum. „Mich faszinierte die klare Lehre vom verborgenen Gott, dem letztlich ganz Anderen“, erklärt er im Rückblick. Vielleicht sei es auch ein Protest gegen das Sinnmonopol seiner damaligen katholischen Umgebung gewesen. Letztlich will er es aber nicht als Wertentscheidung gegenüber anderen Religionen verstanden wissen. Nach dem Studium von Theologie, Philosophie und Judaistik legt Homolka zunächst im „Weltlichen“ eine steile Karriere hin: Bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank gründet er den ersten deutschen Umwelt-Ethik-Fonds, wird Vorstandsassistent bei Bertelsmann, 1998 Geschäftsführer von Green-peace Deutschland und dann mit 35 Jahren Chef der Kulturstiftung Deutsche Bank. Parallel treibt er seine jüdisch-theologischen Studien voran, wird 1997 zum Rabbiner ordiniert und ist von 1999 bis 2002 Landesrabbiner von Niedersachsen. Ab 1999, mit der Gründung des Abraham-Geiger-Kollegs, verlagert sich sein Arbeitsschwerpunkt Richtung Potsdam. Homolka gelingt eine nie da gewesene Vernetzung, sowohl auf akademischer Ebene wie im Bereich der Verbandsstrukturen. Dabei ist der interreligiöse Dialog ein Schwerpunkt seiner Forschung und Aktivitäten. Mit dem Theologen Mouhanad Khorchide etwa gab er 2021 das Buch heraus „Umdenken! Wie Islam und Judentum unsere Gesellschaft besser machen“. Im christlich-jüdischen Dialog wiederum erlebt er auch Enttäuschungen. Etwa wenn er den Eindruck hat, dass sein Gegenüber nur bedingt an einer intellektuellen Auseinandersetzung mit der jüdischen Perspektive interessiert ist. Neben einem hohen Intellekt kennzeichnen Fleiß, Kreativität und gutes Verhandlungsgeschick Homolka. Das ließ ihn aufsteigen, machte ihn aber auch früh zu einer Gestalt, die polarisierte. Auch innerhalb des Judentums, und auch mit Blick auf das Thema Konvertiten. Wie es mit Homolka nun weitergeht? Er will sich künftig auf seine Professur konzentrieren. Was seine Reputation betrifft – das wird letztlich vom Ausgang der juristischen Auseinandersetzungen um die Zentralrats-Untersuchung abhängen. Interessant dürfte sein, wie sich die Institutionen des liberalen Judentums in Deutschland nun aufstellen und weiter entwickeln. (kna öki 13.12.2022)

- **Im Zuge der Vorwürfe am Abraham-Geiger-Kolleg in Potsdam streitet auch der Lebenspartner von Kolleg-Gründer Walter Homolka alle Anschuldigungen im Wesentlichen ab.** In einer Mitteilung des Zentralrats der Juden schildert die vom diesem beauftragte Anwaltskanzlei Gercke Wollschläger Aussagen des Rechtsanwalts des Beschuldigten: „Es fehle an hinreichenden Beweistatsachen, weshalb die Vorwürfe der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht werden dürften. Gleiches gelte für nicht justiziable Handlungen des Ehemanns, welche seiner Intim- oder Privatsphäre zuzuordnen seien.“ Die Kanzlei hatte erste Ergebnisse eines Gutachtens zu den Vorwürfen vorgestellt. Darin eingearbeitet war eine Stellungnahme Homolkas. Die seines Partners war laut Kanzlei erst nach Fertigstellung der vorläufigen „Executive Summary“ eingegangen. Im Fall des Lebenspartners sehen die Juristen demnach

25 Verdachtsfälle von Fehlverhalten. Dabei soll es sich zwei Mal um den Anfangsverdacht einer Straftat handeln, genauer um die mögliche Verbreitung pornografischer Inhalte. Acht Mal habe ein etwaiger Machtmissbrauch und 15 Mal eine mögliche Diskriminierung unterhalb der Schwelle des Strafrechts vorgelegen. Die Staatsanwaltschaft Berlin hatte im Mai erklärt, mit einem Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Verbreitung von pornografischen Schriften betraut gewesen zu sein. In diesem Verfahren habe sie aber wegen geringer Schuld von der weiteren Strafverfolgung abgesehen. Nach Einschätzung von Gercke Wollschläger ergeben sich nach einer „ersten cursorischen Durchsicht“ der aktuellen Stellungnahme des Lebenspartners angesichts der von ihnen festgestellten Ergebnisse „keine wesentlichen Änderungen.“ (kna öki 13.12.2022)

- **Die „11. Akademische Konsultation zwischen dem Judentum und dem Orthodoxen Christentum“ fand vom 4. bis 6. Dezember in Wien statt.** Unter dem Generalthema „Jüdisch/orthodox-christlicher Dialog: Navigieren in unseren Beziehungen zur Welt und zueinander“ kamen die Delegierten der Kirchen und jüdischen Einrichtungen im Hotel Bristol zusammen, wie die Stiftung „Pro Oriente“ berichtete. Zentrale Themen der mehrtägigen Konferenz waren der Ukraine-Krieg, die Gefahr des zunehmenden Antisemitismus, aber auch die weltweit zunehmende Christenverfolgung und allgemeine Herausforderungen wie der Klimawandel. Der orthodoxen Delegation stand Metropolit Emmanuël Adamakis vom Ökumenischen Patriarchat vor. Zur Delegation gehörten Vertreter der Patriarchate von Konstantinopel, Alexandrien und Jerusalem, der Serbischen, Bulgarischen, Rumänischen und Georgischen Orthodoxen Kirche, der Orthodoxen Kirche von Griechenland sowie der Orthodoxie in Amerika und in der Ukraine. Zu den jüdischen Teilnehmern unter Vorsitz von Rabbi David Sandmel gehörten Delegierte aus Österreich, Chile, Großbritannien, Griechenland, Israel, Frankreich und den USA. Die Konsultation wurde vom Ökumenischen Patriarchat und dem Internationalen Jüdischen Komitee für interreligiöse Konsultationen (IJCIC) organisiert und finanziert. Patriarch Bartholomaios I. sprach sich in einem schriftlichen Grußwort an die Teilnehmer für einen Dialog in Offenheit und Ehrlichkeit aus; im Bemühen, einander noch besser zu verstehen. Wien als Ort der Begegnung sei dafür bestens geeignet, so der Patriarch. Die österreichische Bundeshauptstadt habe lange als Brücke an der Ost-West-Grenze und als wichtiges Zentrum der jüdischen Kultur in Europa fungiert. Bartholomaios erinnerte auch an den Holocaust und hob deshalb umso mehr die Bedeutung des Dialogs hervor. Rabbi Sandmel betonte in seiner Begrüßung, die Welt brauche das Beste aus Judentum und Christentum. Die Traditionen beider Religionen seien notwendig im Blick auf Frieden, Gerechtigkeit und eine funktionierende Zivilgesellschaft. Ein Teil der inhaltlichen Beratungen war dem Dokument gewidmet, das beim Besuch von Patriarch Bartholomaios im Herbst 2021 in New York präsentiert worden war. Der Patriarch war damals mit dem „Human Dignity Award“ des American Jewish Committee (AJC) ausgezeichnet worden. In dem Papier, das von einer jüdisch/christlich-orthodoxen Arbeitsgruppe ausgearbeitet worden war, geht es um gemeinsame praktische Herausforderungen von orthodoxen Christen und Juden. Diese betreffen etwa eine intensivere Beschäftigung mit der jeweils anderen Religion in der Ausbildung der Geistlichen, aber auch globale Themen wie den Klimawandel. (kna öki 20.12.2022)
- **Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat die Bedeutung des deutschen Judentums gewürdigt.** Dass es „wieder blühendes jüdisches Leben“ in Deutschland gebe, sei „ein Geschenk und ein Wunder“, wenn man bedenke, welch unermessliches Leid Deutsche jüdischen Familien zugefügt hätten, sagte Scholz in Berlin in der jüdischen Heinz-Galinski-Grundschule. Vor rund 250 Grundschülerinnen und -schülern entzündete Scholz, der eine schwarze Kippa trug, gemeinsam mit zwei Schülern und dem orthodoxen Rabbiner Yitzhak Ehrenberg die erste Kerze des Chanukka-Leuchters. Zwei Schüler überreichten ihm ein Geschenk, einen kleinen Chanukka-Leuchter. Das achttägige Lichterfest begann am Abend des 18. Dezember und dauert bis zum 26. Dezember. Im Anschluss sprach der Bundeskanzler mit Kindern der 5. und 6. Klassen und besuchte die Willkommensklasse für ukrainische Geflüchtete. Es sei für ihn ein besonderer Tag, da es das erste Mal sei, dass er Chanukka mit Schülern zusammen feiere, sagte Scholz. Die Chanukka-Tradition sei „wunderbar, weil sie Licht in die Dunkelheit bringt, wie die Kerzen an Adventskränzen und Weihnachtsbäumen“. Dies habe besonders im Winter große Bedeutung. Weiter bedankte er sich für das Engagement der jüdischen Gemeinde und der Schule für ukrainische Flüchtlinge. „Ihr habt sie aufgenommen, spielt Fußball oder tauscht Karten, so freundet man sich an und lernt voneinander“, sagte Scholz. Dies sei „ein Zeichen dafür, dass man sehr viel schaffen kann, wenn man es gemeinsam anpackt“. Der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, erklärte, der Besuch des Bundeskanzlers sei „ein einzigartiges Zeichen Ihrer Person und Ihrer Verbundenheit mit uns, dem deutschen Judentum“. Das Chanukka-Fest stehe für „Überlebenswillen auch in

schweren Zeiten und gibt uns Zuversicht für die Zukunft.“ Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Gideon Joffe, sagte in Anspielung auf den Ausgang des Fußball-WM-Finales: „Heute können wir uns fühlen wie Argentinien gestern. So viele Schulen schreiben dem Kanzler wegen eines Besuches und wir haben gewonnen, wir haben den Bundeskanzler bei uns.“ (kna öki 20.12.2022)

- **Im Zusammenhang mit Vorwürfen gegen Rabbiner Walter Homolka hat der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, die Union progressiver Juden (UpJ) kritisiert.** Mit der Union sei ein Neuanfang am Abraham-Geiger-Kolleg in Potsdam nicht möglich, erklärte Schuster in Berlin. Hintergrund ist eine Mitteilung der UpJ, in der es hieß, Rechtsanwältin Katarina Seidler trete ab sofort für die Union in die Interims-Geschäftsführung des Kollegs ein. Die UpJ als Religionsgemeinschaft übernehme die Verantwortung für die Neustrukturierung der Ausbildungsstätte für liberale Rabbinerinnen und Rabbiner, Kantorinnen und Kantoren. Noch am selben Tag habe er die bisherige Interimsdirektorin des Kollegs, Gabriele Thöne, im Namen der Zuwendungsgeber aufgefordert, den Weg für einen „echten Neuanfang“ frei zu machen, sagte Schuster dazu: „Ziel war es, im Rahmen einer gesichtswahrenden Lösung diesen Neuanfang gemeinsam zu kommunizieren.“ Die UpJ-Mitteilung vom Abend sei dann ein „Foulspiel der Gepflogenheiten“ gewesen. „Wer meint, mit alten Gefolgsleuten Homolkas und ihm weiterhin im Hintergrund der von ihm – nicht von der UpJ – gegründeten gGmbHs die Kontinuität der Verstrickungen und Abhängigkeiten in einer Rabbinerausbildung weiterzuführen, der trägt den Ergebnissen der unabhängigen Untersuchungen der Universität Potsdam sowie der Kanzlei Gercke Wollschläger in keiner Weise Rechnung“, betonte Schuster. Das Verhalten der UpJ mache für ihn deutlich, „dass sie als Organisation, die übrigens keine eigenständige Religionsgemeinschaft darstellt, so keine Zukunft hat“. Viele liberale jüdische Gemeinden als Mitglieder der UpJ sähen das ähnlich. Der Zentralrat werde ihnen zur Seite stehen, „um auch künftig eine würdige Vertretung des liberalen Judentums in Deutschland sicherzustellen“, fügte Schuster hinzu. Nach Vorwürfen des Machtmissbrauchs am Abraham-Geiger-Kolleg hatte Gründer Homolka Anfang Dezember angekündigt, sich von der Spitze der Ausbildungsstätte zurückzuziehen. Künftig soll eine Stiftung Trägerin der Ausbildung werden. Auf sie sollen alle Anteile der gemeinnützigen GmbH übertragen werden. Kürzlich vorgestellte erste Ergebnisse eines Gutachtens des Zentralrats der Juden in Deutschland sehen 23 Verdachtsfälle von Fehlverhalten bei Homolka. Zentralratspräsident Josef Schuster sieht ihn daher als nicht mehr tragbar an. Homolkas Anwälte sprechen dagegen von einer Vorverurteilung „ohne jede Substanz“. (kna öki 20.12.2022)
- **In der Debatte um die künftige Struktur der Rabbinerausbildung will der Zentralrat der Juden in Deutschland nun ein Konzept erarbeiten lassen.** Dabei soll es nicht ausschließlich um die liberale Ausbildung am Abraham-Geiger-Kolleg, sondern auch um die konservative am Zacharias-Frankel-College gehen, das ebenfalls in Potsdam angesiedelt ist, wie der Präsident des Zentralrats, Josef Schuster, mitteilte. Das Konzept solle den Bedarfen beider Strömungen gerecht werden und eine „Machtkonzentration, wie sie bisher herrschte“ ausschließen. Erarbeiten soll das Konzept demnach der Jurist Gerhard Robbers, der auch Vorsitzender der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung von Missbrauch im katholischen Bistum Trier ist. Das Ergebnis solle im ersten Quartal 2023 vorliegen. „Diesen Weg gehen wir gemeinsam mit den Studierenden und Beschäftigten der Rabbinerausbildung in Potsdam sowie mit den Rabbinerinnen und Rabbinern und stimmen uns hierbei eng mit den anderen Zuwendungsgebern und der Universität Potsdam ab.“ Zuwendungsgeber sind neben dem Zentralrat das Bundesinnenministerium und das Brandenburger Forschungsministerium. „Im Gegensatz zu der bisherigen Struktur muss die Trägerschaft der Rabbinerausbildung bei der Religionsgemeinschaft liegen. Der Zentralrat der Juden in Deutschland wird es daher in seine Hände nehmen“, so der Zentralrat. „Eine Rabbinerausbildung als privates Business kann künftig keine Alternative mehr sein.“ (kna öki 20.12.2022)
- **Das Gespräch mit den Weltreligionen gilt als heikle Aufgabe eines Papstes – eine Mischung aus Minenfeld, Hindernislauf und freundlichem Familientreffen. Benedikt XVI. übernahm hier nach seiner Wahl 2005 ein anspruchsvolles Erbe.** Sein Vorgänger Johannes Paul II. hatte die Messlatte für den Dialog mit den abrahamitischen Bruderreligionen Islam und Judentum hoch gehängt. Mit seinen versöhnlichen Worten, Gesten und interreligiösen Begegnungen überwand der Papst aus Polen viele Gräben. Sein Nachfolger tat sich da schwerer. Bald nach seinem Amtsantritt bezeichnete auch Benedikt XVI. den Dialog mit dem Islam als eine „vitale Notwendigkeit, von der in großem Maße unsere Zukunft abhängt“. Doch dann entfesselte seine „Regensburger Rede“ vom 12. September 2006 zunächst ein Erd-

beben. Thema war das Verhältnis von Glaube und Vernunft. „Zeig mir doch, was Mohammed Neues gebracht hat“, zitierte Benedikt einen byzantinischen Kaiser; „und da wirst du nur Schlechtes und Inhumanes finden wie dies, dass er vorgeschrieben hat, den Glauben, den er predigte, durch das Schwert zu verbreiten.“ Auch wegen der Zuspitzung ausländischer Medien wurde das Zitat zu religionspolitischem Dynamit. Die Türkei verlangte eine Entschuldigung; das geistliche Oberhaupt des Iran, Ayatollah Ali Khamenei, sprach von einem „Komplott für einen Kreuzzug“. Von Ägypten bis Pakistan entbrannten Straßenproteste. Benedikts geplanter Türkei-Besuch zweieinhalb Monate später stand auf der Kippe. Doch dem Papst, der seine Hochachtung vor den Muslimen betonte und Missverständnisse bedauerte, gelang tatsächlich der Brückenschlag: Das Foto, auf dem er in der Istanbuler Blauen Moschee neben dem Imam vor der Gebetsnische verharrt, ging um die Welt. Auf das Beben von Regensburg folgte der „Frieden von Istanbul“. Mancher sieht den Eklat sogar als Funken für den Dialog. Schon kurz nach „Regensburg“ erschien ein Offener Brief, unterzeichnet von 38 Islamgelehrten, die einen „ehrlichen Dialog“ anregten. Ein Jahr später folgte das Schreiben „Ein gemeinsames Wort zwischen Uns und Euch“ an die christlichen Glaubensgemeinschaften. Diesmal unterschrieben 138 Gelehrte und luden zum Austausch über Gemeinsamkeiten ein – allerdings war darunter kein Repräsentant der wichtigen Azhar-Universität in Kairo. Sie stoppte sogar ihre Gespräche mit dem Vatikan 2011, nachdem Benedikt XVI. wegen eines mörderischen Anschlags auf einen koptischen Gottesdienst mehr Schutz für die Christen in Ägypten gefordert hatte. Johannes Paul II. zeigte nach der Öffnung des Zweiten Vatikanischen Konzils gegenüber den anderen Religionen wohlwollendes Interesse am Islam. Benedikt XVI. versuchte aber, den Dialog auf eine neue Stufe zu heben: die wissenschaftlich theologische Auseinandersetzung. Aus muslimischer Sicht bleibt das Problem, dass für die Kirche Gottes Offenbarung mit Jesus Christus endet und sie Mohammed nicht als Propheten, den Koran nicht als das Wort Gottes anerkennen kann, während sie den Offenbarungscharakter des Judentums nicht bestreitet. Schon bald nach seiner Wahl richtete Benedikt XVI. ein Schreiben an die jüdische Gemeinde Roms. Er wolle den „Dialog und die Zusammenarbeit mit den Söhnen und Töchtern des jüdischen Volkes fortsetzen und verstärken“. Die Aussöhnung mit dem Judentum war für den Deutschen wichtig. Zugleich löste er aber auch Irritationen und Ärger im christlich-jüdischen Dialog aus. Dennoch: Zum Ende von Benedikts Pontifikat erklärte etwa Jerusalems Oberrabbiner Jona Metzger, dass die Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und Israel sowie dem Oberrabbinat nie so gut gewesen seien wie während der Amtszeit Benedikts. Er besuchte mehrere Synagogen, etwa beim Weltjugendtag in Köln 2005. Damals bekräftigte Benedikt die Konzilerklärung *Nostra aetate*, die eine Neuorientierung der katholischen Kirche auch gegenüber dem Judentum eingeleitet hatte. 2006 besuchte er die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau. Dort zu sprechen sei „besonders schwer und bedrückend für einen Christen, einen Papst, der aus Deutschland kommt“, bekannte er. 2009 war Benedikt XVI. in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem – auf Englisch sprach er in der Gedenkhalle und sagte, der Weg zur Aussöhnung mit dem Judentum sei unwiderruflich. Gleichwohl löste Benedikt XVI. auch Debatten aus. Da war etwa die Karfreitagsfürbitte: Zu Karfreitag 2008 führte der Papst für die wieder zugelassene vorkonziliare Liturgie eine neue Formulierung ein, die manche als Aufforderung zur Bekehrung von Juden zum Christentum verstanden. Der damals für die Beziehungen zum Judentum zuständige deutsche Kurienkardinal Walter Kasper mühte sich, Missverständnisse auszuräumen. Anfang 2009 sorgte die „Causa Williamson“ für Entrüstung: Benedikt hatte die Exkommunikation von vier Bischöfen der traditionalistischen Piusbruderschaft aus dem Jahr 1988 aufgehoben. Doch quasi zeitgleich wurde bekannt, dass einer von ihnen, Richard Williamson, den Holocaust geleugnet hatte. Im März fühlte sich der Papst genötigt, allen Bischöfen der Weltkirche zu schreiben – und Probleme in der internen Kommunikation einzuräumen. Eindringlich wandte er sich gegen alle Tendenzen von Antisemitismus und Relativierung des Holocaust. Und dann war da noch ein Text Benedikts XVI. in der Zeitschrift „*Communio*“ aus der Zeit nach seinem Pontifikat. Seine Anmerkungen von 2018 zum Verhältnis von Christen und Juden, etwa die Fortdauer des Gottesbundes mit dem jüdischen Volk, waren heikel. Er selbst wollte sie lediglich als Präzisierungen verstanden wissen. Doch der Text zog eine scharfe Debatte nach sich. Schließlich reiste eine Delegation der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschland zum Papst; und sah den Streit am Ende als beigelegt an. Es habe sich die Frage gestellt, ob Benedikt XVI. hinter die Konzilerklärung *Nostra aetate* zurückgehe, sagte seinerzeit der Stuttgarter Rabbiner Yehuda Pushkin. Nach dem Gespräch sei er „auf jeden Fall beruhigt“. Die Rabbiner könnten „dieses Beruhigungsgefühl in der jüdischen Welt Deutschlands weiter mitteilen“. (kna öki 10.01.2023)

- **Der Darmstädter Rabbiner Jehoschua Ahrens hat den verstorbenen Papst Benedikt XVI. als „Schlüsselfigur des katholisch-jüdischen Dialogs in einer schwierigen Zeit“ gewür-**



**digt.** „Er hat auf seine Weise vieles vorangebracht, auch wenn er nicht immer unumstritten war“, schrieb Ahrens in der „Jüdischen Allgemeinen“: So sei etwa sein Besuch der Kölner Synagoge im August 2005 historisch gewesen. „Beim Thema Schoah fand Benedikt XVI. aus jüdischer Sicht leider oft nicht die richtigen Worte“, merkte der Mitteleuropa-Direktor des Center for Jewish-Christian Understanding and Cooperation aber auch kritisch an. Auch die Neuformulierung der Karfreitagsfürbitte 2008 und ein Jahr später die Aufhebung der Exkommunikation von vier Weihbischöfen der umstrittenen Pius-Bruderschaft – darunter Holocaust-Leugner Richard Williamson – hätten zu Irritationen geführt. Allerdings habe Benedikt XVI. auch Fehler eingestanden und immer wieder offene und konstruktive Gespräche mit Vertretern des Judentums geführt. „Ich glaube, dass Benedikt XVI. oft falsch verstanden wurde und ihm der Dialog mit den Juden sehr am Herzen lag“, betonte der Rabbiner. Manche seiner theologischen Äußerungen oder Entscheidungen seien unglücklich gewesen, aber insgesamt habe er den Weg des Dialogs zwischen Katholiken und Juden weiter geebnet, Vertrauen geschaffen „und viele wichtige theologische Aussagen, wie die klare Absage der sogenannten Judenmission, erst ermöglicht“. (kna öki 10.01.2023)

- **Führende Vertreter des Judentums haben den emeritierten Papst Benedikt XVI. und seinen Beitrag zum christlich-jüdischen Dialog gewürdigt.** „Er war eine historische Persönlichkeit und ein großer Theologe, der sich und seinem Amt stets treu geblieben ist und auch mit umstrittenen Positionen, etwa zum jüdisch-christlichen Dialog die religiöse und interreligiöse Debatte fruchtbar angeregt hat“, hieß es in einer Erklärung der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschland. Benedikt XVI. habe stets die Nähe zur jüdischen Gemeinschaft gesucht. Der Präsident der Konferenz der Europäischen Rabbiner und frühere Oberrabbiner von Moskau, Pinchas Goldschmidt, erklärte: „Papst Benedikt XVI. war ein großer Theologe, für den die Beziehung zum Judentum von wesentlicher Bedeutung für seinen Glauben war.“ Auch nach seiner Emeritierung habe er den Dialog mit den Rabbinern Europas fortgesetzt, insbesondere über die Frage, welche religiöse Bedeutung die Rückkehr der Juden in ihre Heimat nach zwei Jahrtausenden im Exil für die Katholiken hat. Benedikts Dialogbereitschaft mit der jüdischen Gemeinschaft bezeichnete Goldschmidt als Fortsetzung der Öffnung durch das Zweite Vatikanische Konzil, mit dem die katholische Kirche unter anderem ein neues Verhältnis zu den anderen Religionen einleitete. Der Jüdische Weltkongress würdigte den Verstorbenen als herausragende Figur der katholischen Kirche. Benedikt XVI. habe zu einer theologischen Untermauerung und einem verbesserten Verständnis der katholisch-jüdischen Beziehungen beigetragen, erklärte Präsident Ronald S. Lauder. Kein Papst vor ihm habe so viele Synagogen besucht; zudem habe er auf seinen Reisen stets lokale Vertreter des Judentums getroffen. Kritisch äußerte sich der deutsche Rabbiner Walter Homolka zur Dialoghaltung Benedikts XVI. „Er hat es uns Juden mit seinem klaren Wahrheitsanspruch nicht leicht gemacht. Er vermittelte stets ein triumphales Bild der Kirche. Ihr Glanz gründet im auferstandenen Christus als dem Neuen, das das jüdische Umfeld Jesu hinter sich lässt“, sagte Homolka der KNA. „Für ihn haben wir Juden die entscheidende Wendemarke im Bund mit Gott nicht mitvollzogen“, so Homolka weiter. „Erst durch Christus erhalte dieser Bund seine endgültige Gestalt.“ Aus einem gemeinsamen geistlichen Erbe habe sich für Benedikt XVI. noch keine substanzielle Nähe ergeben. Die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinschaften München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, erklärte, Benedikt habe einen intensiven Austausch mit Vertretern der jüdischen Gemeinschaft gepflegt. „Als Mensch von Geist und Wort war ihm wichtig, dass dieser Dialog nicht nur um des Dialoges willen geführt wurde – er musste Inhalt und Zweck haben. Für diesen Einsatz bleibe ich ihm dankbar.“ Nach Auffassung des Historikers Michael Wolfssohn hat Benedikt XVI. „eigentlich erstmals in der Kirchengeschichte, den Grundstein für eine tragfähige Brücke zwischen Christentum und Judentum“ gelegt. Dies habe Benedikt XVI. „klarer und theologisch fundierter“ getan als seine Vorgänger und auch als sein Nachfolger Franziskus, betonte er in einem Beitrag in der „Welt“. Bereits als „einfacher Geistlicher“ und dann als Kardinal habe Joseph Ratzinger „die aktive Billigung des Judentums als unverzichtbare christlich-theologische Notwendigkeit begründet“, so Wolfssohn. „Er nahm die Hebräische Bibel, das ‚Alte Testament‘, nicht als unvermeidbares Übel hin. Er verstand das Judentum positiv und eben nicht nur zähneknirschend als elementare Voraussetzung für das Erscheinen des Jesus als Christus und damit des Christentums schlechthin.“ Der problematische Umgang Benedikts XVI. mit Missbrauchsfällen zeige indes seine Fehlbarkeit. „Benedikt war zumindest jüden-theologisch ein bedeutender Papst und als Mensch so unvollkommen wie alle Menschen, selbst die klügsten und gerechtesten“, so der Historiker. Er sei habe jedoch jenseits politisch erwartbarer freundlicher Worte „den Grundstein einer jüdenfreundlichen allgemeinchristlichen Theologie“ gelegt. (kna öki 10.01.2023)

- **Der Konflikt zwischen dem Zentralrat der Juden in Deutschland und dem prominenten Rabbiner Walter Homolka kommt vor Gericht.** Die von Homolka beauftragte Anwaltskanzlei Behm Becker Geßner kündigte in Berlin an, sie werde nach der jüngsten Stellungnahme des Zentralrats beim zuständigen Landgericht den Erlass einer einstweiligen Verfügung beantragen. Der Zentralrat hatte zuvor eine Aufforderung von Homolkas Anwälten zurückgewiesen, eine strafbewehrte Unterlassungserklärung abzugeben. Sie sollte sich auf Gutachterergebnisse zu möglichem Fehlverhalten des Rabbiners in der Leitung des Potsdamer Abraham-Geiger-Kollegs beziehen, einer Ausbildungsstätte für liberale jüdische Geistliche. Die von Homolka beauftragte Kanzlei bekräftigte ihre Einschätzung, dass die Vorwürfe gegen Homolka „haltlos und ohne Substanz“ seien. Der Zentralrat hatte seinerseits die Abmahnung von Homolka als „haltlos“ bezeichnet. (kna öki 10.01.2023)
- **Der zurückgetretene Moskauer Oberrabbiner Pinchas Goldschmidt hat Jüdinnen und Juden in Russland zum Verlassen des Landes aufgerufen.** Sie sollten diese Möglichkeit nutzen, bevor sie zu Sündenböcken für die Härte gemacht würden, die der Krieg in der Ukraine hervorgerufen habe, sagte Goldschmidt, der sich derzeit im Exil befindet, der britischen Tageszeitung „The Guardian“. Wenn man in die russische Geschichte schaue, sei festzustellen, dass, wenn ein politisches System in Gefahr gewesen sei, die jeweilige Regierung versucht habe, Ärger und Unzufriedenheit der Massen auf die jüdische Gemeinschaft umzulenken, betonte Goldschmidt, der Präsident der orthodox geprägten Europäischen Rabbinerkonferenz ist. Das habe man in zaristischen Zeiten und am Ende des stalinistischen Regimes beobachten können. „Wir sehen ansteigenden Antisemitismus, während Russland zurückkehrt zu einer neuen Art von Sowjetunion und sich der Eiserne Vorhang Schritt für Schritt wieder senkt“, so Goldschmidt. Das sei der Grund, warum er denke, dass es für Jüdinnen und Juden die beste Möglichkeit sei, das Land zu verlassen. Goldschmidt war im Sommer 2022 nach fast 30 Jahren als Leiter des Moskauer Rabbinats zurückgetreten. Auf Führungspersonen der Gemeinschaft sei Druck aus geübt worden, den Krieg zu unterstützen, und er habe sich geweigert, dies zu tun, erklärte Goldschmidt. Er sei zurückgetreten, weil es ein Problem für die Gemeinschaft gewesen wäre, wenn er als Moskauer Oberrabbiner weitergearbeitet hätte – mit Blick auf repressive Maßnahmen gegen Andersdenkende. Goldschmidt sagte, er denke, dass seit Kriegsbeginn 25 bis 30 Prozent derjenigen, die geblieben seien, das Land verlassen hätten oder dies planten. (kna öki 10.01.2023)
- **Der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, hat vor einer „reflexartigen Abkehr von Israel“ gewarnt.** Man dürfe mit Blick auf die neue rechtsnationale Regierung des Landes „nicht in rein gefühlsmäßige Bewertungen verfallen“, schrieb er in einem Gastbeitrag für den „Tagesspiegel“. Stattdessen gelte es, Vernunft und Maß zu halten, wie unter demokratischen Staaten üblich. Das gelte auch dann, „wenn einzelne Positionen und Handlungen aus diesem Wertekanon fallen mögen“. Schuster räumte ein, es sei ein „Tiefpunkt der israelischen Politikgeschichte“, dass der neuen Regierung von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu vorbestrafte Rechtsextreme angehörten. Zudem kritisierte er „Gesetzesänderungen, damit korrupte Politiker Minister werden können“. Jüdische Gemeinschaften in aller Welt reagierten betroffen, wenn israelische Minister sich „in rassistischer, diskriminierender und verstörender Weise“ äußerten, so der Zentralratspräsident weiter. Solche Positionen seien in der jüdischen Welt nicht mehrheitsfähig. Weite Teile der israelischen Bevölkerung lehnten den angekündigten Kurs der rechtsnational-religiösen Koalition ebenfalls ab. „Das moderne Israel ist als Gegenmodell zu Menschenverachtung und Ungerechtigkeit entstanden“, hob Schuster hervor. „Dem Land und seinen Menschen gehört auch in diesen Zeiten unsere Solidarität.“ (kna öki 17.01.2023)
- **Im Streit zwischen dem Zentralrat der Juden in Deutschland und der Jüdischen Gemeinde zu Berlin über die Potsdamer Rabbinerausbildung wollen beide Seiten darüber im Gespräch bleiben.** Wie der Zentralrat bekräftigte, kam es zu einem Telefongespräch zwischen seinem Präsidenten Josef Schuster und dem Gemeindevorsitzenden Gideon Joffe, nachdem der Zentralrat am 12. Januar die angekündigte Übernahme der Trägerschaft des Abraham-Geiger-Kollegs durch die Gemeinde kritisiert hatte. Schuster habe bei dem Telefonat Joffe zugesagt, zu einem Gespräch zusammenzukommen, wenn der Jurist Gerhard Robbers sein Gutachten zur Reform der Rabbinerausbildung vorgelegt hat, das er im Auftrag des Zentralrats verfassen soll. Zugleich betonte der Zentralrat, dass sich an der Grundausage seiner Kritik am Vorgehen der Jüdischen Gemeinde mit Blick auf die Potsdamer Rabbinerausbildungsstätten nichts ändert. Die geplante Reform des Abraham-Geiger-Kollegs für liberale Rabbinerinnen und Rabbiner sowie Kantorinnen und Kantoren steht im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um dessen Gründer und früheren Direktor Walter

Homolka. Nach Vorwürfen des Machtmissbrauchs hatte der Rabbiner im vergangenen Dezember angekündigt, sich von der Spitze der Ausbildungsstätte zurückzuziehen. Zugleich bestreitet er die Beschuldigungen und will gerichtlich dagegen vorgehen. Am 11. Januar hatte die Jüdische Gemeinde bekannt gegeben, dass sie die Trägerschaft des Geiger-Kollegs übernimmt. Neue Interimsgeschäftsführerin wird demnach die Rechtsanwältin und amtierende Geschäftsführerin der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Milena Rosenzweig-Winter. Träger war bislang die Leo Baeck Foundation, eine zivilgesellschaftliche Stiftung zur Förderung jüdischer Kulturprojekte. Von ihr übernahm die Jüdische Gemeinde auch die Trägerschaft des Zacharias-Frankel-College, das konservative jüdische Geistliche ausbildet und wie das Geiger-Kolleg die Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH hat. Beide Ausbildungsstätten sind An-Institute der Universität Potsdam. Der Zentralrat kritisiert die Übertragung der GmbH-Anteile beider Einrichtungen an die Jüdische Gemeinde. Sie sei ohne Rücksprache mit Studierenden, Beschäftigten und Zuwendungsgebern erfolgt. Auch die an der Universität Potsdam angesiedelte School of Jewish Theology und die Leitung des Frankel-Colleges seien nicht eingebunden gewesen, so der Zentralrat. Er stellte zugleich eine weitere Förderung beider Ausbildungsstätten infrage. (kna öki 17.01.2023)

- **Papst Franziskus hat vor dem Hintergrund von Skandalen sein Bistum Rom umstrukturiert.** Mit dem Erlass *In ecclesiarum communione* stärkt Franziskus die Rolle des Papstes als Bischof von Rom. Als einen Grund für den Umbau führt der Papst die Unglaubwürdigkeit der Kirche als Folge von Skandalen an. Wörtlich schreibt er: „Die Kirche verliert ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie von dem erfüllt wird, was nicht wesentlich ist für ihren Auftrag. Noch schlimmer ist es, wenn ihre Mitglieder – manchmal sogar jene die mit der Autorität eines Amtes ausgestattet sind – durch ihr Verhalten, das im Widerspruch zum Evangelium steht, zum Anlass für einen Skandal werden.“ Nach dem Umbau muss künftig der Papst in alle wichtigen pastoralen, administrativen und wirtschaftlichen Entscheidungen eingebunden werden. Sein Vertreter, der sogenannte Kardinalvikar für Rom, darf keine wichtigen oder über die normale Verwaltung hinausgehenden Initiativen ergreifen, ohne ihm vorher Bericht zu erstatten.

Die vatikanische Ökumenebehörde wies auf ihrer Homepage auf die ökumenischen Akzente in der neuen Apostolischen Konstitution hin. Darin sei von der „einzigartigen Berufung“ der Kirche in Rom auf dem ökumenischen Weg die Rede. Der Papst bekräftige in der Präambel: „Aufgrund ihrer einzigartigen Berufung kann die Kirche in Rom nicht umhin, sich den Weg zur vollen und sichtbaren Einheit der Christen zu Herzen zu nehmen. Das ökumenische Ziel, das nicht von zufälligen Entscheidungen oder Initiativen abhängt, sondern vom Willen Christi selbst, vom Glauben an ihn und von der Taufe, die die Christen vereint, stellt eine vorrangige Verpflichtung der Diözese dar. Sie muss durch gegenseitiges Kennenlernen, gegenseitige Nächstenliebe, Austausch von Gaben und Zusammenarbeit mit Schwestern und Brüdern anderer christlicher Konfessionen genährt werden“ (Art. 10). Die Präambel erklärt zudem, dass „die Kirche von Rom, getreu der Lehre des Zweiten Vatikanischen Konzils, weiterhin die Freundschaft und den Dialog mit der jüdischen Gemeinde von Rom, einer der ältesten der Welt, fördern und pflegen wird“ (Art. 11). (kna öki 17.01.2023)

- **Der Vollversammlungsausschuss des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB) hat sich bei einer Sitzung in Krakau mit dem christlich-jüdischen Dialog und den deutsch-polnischen Beziehungen befasst.** Rund 80 Personen nahmen an der Tagung teil, wie das DNK/LWB in Hannover mitteilte. Die deutschen Mitgliedskirchen stellen demnach 38 Delegierte zur LWB-Vollversammlung im September in Krakau, die von den Mitgliedskirchen benannt werden. Ein Besuch der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau stand nach den Angaben im Mittelpunkt des Programms. Die Stellvertretende Vorsitzende des DNK/LWB, Landesbischöfin Kristina Kühnbaum-Schmidt, legte gemeinsam mit dem Leitenden Bischof der EAKP, Bischof Jerzy Samiec, einen Kranz zum Gedenken an die Opfer deutscher Verbrechen und Gewalt an der ehemaligen Erschießungsmauer des Stammlagers Auschwitz nieder. Am Gedenkplatz des Lagers Birkenau sprachen der Leitende Bischof der Vereinigten Evangelisch Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), Ralf Meister, und der mitteldeutsche Landesbischof Friedrich Kramer Worte im Gedenken an die Opfer der deutschen Verbrechen an diesem Ort. Kühnbaum-Schmidt betonte, erinnern, gedenken und entschieden Verantwortung übernehmen gehörten zusammen – „Verantwortung dafür, dass allen Menschen unveräußerliche Würde und das Recht auf Leben sowie körperliche Unversehrtheit zukommen“. In Krakau wurde zudem eine Handreichung zum christlich-jüdischen Verhältnis beraten, die den Delegierten und weiteren Interessierten zur Vorbereitung auf die LWB-Vollversammlung dienen sollte. Der Text fasst nach Angaben des DNK/LWB wesentliche Entwicklungen und Ergebnisse der kirchlichen und

theologischen Neuorientierung im Blick auf das Judentum aus den zurückliegenden sieben Jahrzehnten zusammen. Er sei in Kooperation mit der Lutherischen Europäischen Kommission Kirche und Judentum, (LEKKJ) erarbeitet worden. Seit dem 1. Januar hat das DNK/LWB die Geschäftsführung für die LEKKJ übernommen. An der Tagung nahmen Delegierte aus den elf deutschen LWB-Mitgliedskirchen zur LWB-Vollversammlung sowie weitere Vertreterinnen und Vertreter der DNK/LWB-Kirchen. (kna öki 17.01.2023)

- **Bischof Neymeyr und Rabbiner Ahrens sehen Fortschritte im Dialog** (von Karin Wollschläger). Auf einer einwöchigen Studienreise nach Israel haben die Unterkommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum der Deutschen Bischofskonferenz sowie Vertreter der Rabbinerkonferenzen in Deutschland ihre Beziehungen im jüdisch-christlichen Dialog vertieft. Im KNA-Interview schildern Bischof Ulrich Neymeyr, Vorsitzender der Unterkommission, und der orthodoxe Rabbiner Jehoschua Ahrens ihre Eindrücke.

**KNA:** Mit welchen Erkenntnissen kehren Sie von der Studienreise nach Israel zurück?

**Ahrens:** Im jüdisch-christlichen Dialog hat sich in den vergangenen Jahren auch in Israel sehr viel getan. Eigentlich ist es Wahnsinn, was sich da alles entwickelt hat, welche Institutionen und Initiativen es da inzwischen gibt. Auch im jüdisch-muslimischen Austausch. An sonstigem Tempo in religiösen Dingen gemessen ist das blitzartig. Man merkt, in Israel ist heute der interreligiöse Dialog dabei, wirklich ein Mainstream-Thema zu werden. Manches wabert noch unter der Oberfläche, aber die Rabbiner sind sehr interessiert daran.

**Neymeyr:** Die Reise war sicher ein wichtiger Schritt für unsere christlich-jüdischen Beziehungen. Wir konnten unsere Themen auf der einwöchigen Fahrt sehr gut vertiefen – mit unseren Gesprächspartnern vor Ort, aber auch untereinander. Ich fand das auch spirituell sehr bereichernd. Wir bekamen natürlich auch Einblicke in die politische Situation. Religion und Politik lassen sich in Israel ja nicht auseinanderhalten.

**KNA:** Wie haben Sie die Atmosphäre vor Ort erlebt? Die neue rechtsnationale Regierung sorgt ja für reichlich Unruhe.

**Neymeyr:** Wir haben vor Ort große Protestkundgebungen live miterlebt. Und in vielen Gesprächen kam zum Ausdruck, wie viele Menschen unzufrieden bis entsetzt mit der neuen Koalition sind.

**Ahrens:** Ich bin auch sehr kritisch mit der neuen Regierung, vor allem was die religiös-zionistischen Parteien angeht, die ich – selbst ein religiöser Zionist – eigentlich nicht in der Tradition des religiösen Zionismus sehe. Die Stärke der Rechten in Israel ist natürlich auch eine Schwäche der Linken. Wir haben das ausführlich auf unserer Reise diskutiert. Es ist ja sehr komplex. Ich rate jetzt erstmal zum Abwarten, wie sich die Regierung entwickelt. Aber letztlich war das nicht das entscheidende Thema unserer Fahrt. Wir haben uns mehr auf das religiöse Leben konzentriert. Wichtig war mir, dass wir auf der Reise ein sehr ausgewogenes Programm hatten und dabei Säkulare und Religiöse, Israelis und Palästinenser getroffen haben, um einen Blick des ganzen Spektrums der israelischen Gesellschaft zu bekommen.

**KNA:** Nun hat aber die neue Regierung allem Anschein nach kein großes Interesse, den aufkeimenden jüdisch-christlichen Dialog weiter zu forcieren. Inwieweit waren Ihre Gesprächspartner auf der Reise diesbezüglich in Sorge?

**Neymeyr:** Es zeigte sich, dass die Vernetzung unserer Gesprächspartner im religiösen Dialog sehr international ist und längst nicht nur auf Israel beschränkt. Insofern war da keine allzu große Sorge zu spüren.

**KNA:** Schauen wir auf einige Stationen Ihrer Reise. Sie haben in einem Krankenhaus über bioethische Fragen diskutiert. Worum ging es genau?

**Neymeyr:** Wir haben über die religiösen Begründungen für bestimmte unterschiedliche Positionen gesprochen, etwa im Umgang mit pränataler Diagnostik und In-Vitro-Befruchtung oder dem Bereich der embryonalen Stammzellforschung. Da gibt es unterschiedliche Auffassungen.

**Ahrens:** Das Spannende bei diesen Themen war: Grundsätzlich gehen die jüdische und die katholische Religion beide von der Heiligkeit des Lebens aus, das zu schützen ist. Nur kommen wir dann in manchen Punkten zu anderen Schlüssen. Bei einer Befruchtung außerhalb des Mutterleibs etwa kann nach jüdischer Lehre nicht schon von Leben gesprochen werden. Auch über den Zeitpunkt, wann genau neues Leben beginnt, sind wir unterschiedlicher Auffassung. Mit Blick auf das Lebensende wiederum sind wir sehr nah beieinander.

**Neymeyr:** Insgesamt war das wirklich ein sehr anregender Dialog, der Augen öffnete für die Position des anderen, auch wenn man sie nicht teilt.

**KNA:** Sie haben sich auch über die Rolle der Frauen im Judentum informiert. Hatten Sie ein Aha-Erlebnis, Herr Bischof?

**Neymeyr:** Außenstehende haben oft den Eindruck, im Judentum wären Frauen weitgehend ausgeschlossen. Wir konnten das Gegenteil erleben, als wir eine Talmud-Schule für junge Frauen besucht haben. Wir hatten unter anderem ein Gespräch zum Thema „Orthodox und feministisch“. Das Interessante fand ich, dass sich die Frage nach Leitungsrollen und Führungsaufgaben für Frauen nicht nur auf den Beruf bezog, sondern dass sie auch den Bereich Familie umfasste und beides auf gleicher Stufe betrachtet wird. Und dass dies religiös gewünscht ist und gefördert wird.

**Ahrens:** Es gibt auch im traditionellen Judentum Bemühungen, Frauen in religiöse Führungspositionen einzubinden. Viele rabbinische Aufgaben können auch Frauen übernehmen. Auf der einen Seite gibt es in der Liturgie bestimmte Beschränkungen für Frauen, aber es gibt eben auch Initiativen, dass die Frauen aktiv den Gottesdienst mitgestalten und zum Teil leiten. Wir haben solch einen Schabbat-Gottesdienst erlebt, und besonders unsere weiblichen Delegationsmitglieder waren sehr beeindruckt davon.

**KNA:** Wie stellt sich die Situation für die Minderheit der 185.000 Christen in Israel, knapp zwei Prozent der Bevölkerung, derzeit dar?

**Neymeyr:** Die Situation der Christen ist sehr vielfältig. Sie reicht von der kleinen Gruppe hebräischsprachiger Christen, die voll in die israelische Gesellschaft integriert sind, über die große Gruppe palästinensischer Christen, die teils in Israel und teils in den besetzten Gebieten leben, bis hin zu Arbeitsmigranten in oft prekären sozialen Verhältnissen. Viele vor allem palästinensische Christen gehören dank des Angebots christlicher Schulen zur Bildungselite. Unter ihnen gibt es eine recht hohe Zahl, die das Land verlassen hat, weil sie in Israel oder in den besetzten Gebieten keine wirtschaftliche Zukunftsperspektive mehr sah. Auch das Miteinander der verschiedenen christlichen Kirchen, etwa in Jerusalem, ist nicht immer einfach. Vor allem wünschen sich die Christen mehr internationale Aufmerksamkeit für ihre Situation, auch in den Kirchen Europas.

**KNA:** Bislang ermöglicht ein jüdischer Großelternteil, die israelische Staatsbürgerschaft zu beanspruchen. Die neue Regierung plant nun eine Verschärfung des Rückkehrgesetzes. Dagegen regt sich Protest. Wie beurteilen Sie das, Herr Rabbiner?

**Ahrens:** Israel sollte meiner Ansicht nach ein Land für alle Jüdinnen und Juden sein. Insofern sehe ich keinen Veränderungsbedarf.

**KNA:** War der anhaltend hohe Antisemitismus in Deutschland während Ihrer Reise ein Thema?

**Ahrens:** Nicht wirklich, höchstens am Rande. Das Thema wurde auch von unseren israelischen Gesprächspartnern nicht angesprochen, obwohl man in Israel natürlich sehr aufmerksam die Situation in Deutschland wahrnimmt.

**KNA:** Haben Ihre Gesprächspartner Erwartungen an Deutschland formuliert?

**Neymeyr:** Das gab es eigentlich nicht. Zumal sich alle dessen bewusst sind, dass wir in Deutschland den Holocaust immer weiter aufarbeiten und dabei Entwicklungen durchmachen. Auch gibt es keinen Zweifel daran, dass die Bundesrepublik ein verlässlicher Partner Israels ist. (kna öki 24.01.2023)

## **2. Aus der jüdischen Welt – Israel**

- **Die nichtislamischen Religionsstiftungen in der Türkei (Vakif) dürfen am 4. und 10. Dezember wieder neue Verwaltungsräte wählen.** Die alten Vorstände waren 2013 abgesetzt worden, ohne dass eine Neuwahl gestattet wurde. Als Begründung gab die staatliche Stiftungsverwaltung in Ankara eine Neufassung des Statuts für die christlichen und jüdischen Vakif an. Diese ließ aber fast ein Jahrzehnt auf sich warten. Zuletzt wurde eine Neuregelung und damit Neuwahl der Vorstandsmitglieder für April 2022 versprochen. Aber auch dieser Termin verstrich ergebnislos. Im Gegenteil versuchten die türkischen Behörden die beiden bedeutendsten Stiftungen, das griechisch-orthodoxe Sozialzentrum Baloukli mit Krankenhaus, Versorgung von Mittel- und Obdachlosen und einem Seniorenheim sowie das angesehene armenische Spital Surp Pırgic (Heiliger Erlöser) von den privilegierten nichtislamischen Vakif auszuklammern und direkter Staatsverwaltung zu unterstellen. Diese Absicht scheiterte am entschlossenen Widerstand der ehemaligen griechischen und armenischen Stiftungsräte. Im November wurde endlich das neue Statut vorgelegt und die Bestellung neuer Vorstandsmitglieder durch Wahlen in den Kirchen- und Synagogengemeinden ausgeschrieben. Beobachter am Bosphorus bringen dieses so lange hinausgezögerte Entgegenkommen mit den 2023 anstehenden Präsidentschaftswahlen in der Türkei in Zusammenhang. Die religiösen Minderheiten von Istanbul und Umgebung sollten für eine weitere Amtszeit von Recep Tayyip Erdogan gewonnen werden. Bisher gehören sie zur Wählerschaft der oppositionellen Republikanischen Volkspartei (CHP), die auch den Bürgermeister von Istanbul stellt. Obwohl sich die

Türkei seit 100 Jahren dank Kemal Atatürk als moderner europäischer Staat versteht, hat sie in Sachen Religion das alte osmanische System beibehalten. Nach diesem sind alle christlichen und jüdischen Gemeinden nicht selbst, sondern nur im Rahmen eines Vakif besitzberechtigt. Diesem gehören das Kirchengebäude, Krankenhäuser und Schulen sowie jede andere Art von Immobilien. Entscheidungsberechtigt ist in allem ihr Vorstand: Ob es sich um kleinere Reparaturen und Veränderungen oder Neubauten statt verfallener Objekte handelt. Die vorstandslose Zeit seit 2013 hatte daher zu einem völligen Stillstand aller Aktivitäten geführt. (kna öki 29.11.2022)

- **Jordaniens König Abdullah II. hat den Schutz der islamischen und christlichen Heiligen Stätten in Jerusalem als religiöse und historische Pflicht seines Landes bekräftigt.** Das Königshaus verurteile Übergriffe gegen Gläubige in Jerusalem und anderen Heiligen Stätten in den palästinensischen Gebieten und sei bestrebt, die Stimme der Jerusalemer und ihrer Leiden in allen internationalen Foren zu vertreten, sagte Abdullah II. laut örtlichen Medienberichten bei einem Weihnachtsempfang für die Oberhäupter der Kirchen in Jerusalem und Jordanien. Der Jerusalemer griechisch-orthodoxe Patriarch Theophilos III. würdigte die Rolle des jordanischen Königshauses beim Schutz der Heiligen Stätten sowie bei der Förderung interreligiöser Harmonie und Koexistenz. Auch der Lateinische Patriarch von Jerusalem, Erzbischof Pierbattista Pizzaballa, dankte dem König für sein Eintreten für Wahrheit und Gerechtigkeit. Jordanien genieße den Respekt der arabischen Länder und der internationalen Gemeinschaft. Der jüngste Besuch Abdullahs II. im Vatikan unterstreiche Jordaniens Rolle bei der Förderung von religiösem Dialog und menschlichen Werten. (kna öki 20.12.2022)
- **Die Kirchenführer in Jerusalem haben in einer gemeinsamen Erklärung die Schändung des protestantischen Friedhofs auf dem Zionsberg als terroristischen Akt verurteilt.** Die Zerstörung von mehr als 30 Grabstätten am Neujahrstag, mutmaßlich durch jüdische Extremisten, sei eindeutig vom Hass auf Christen motiviert, heißt es in der Stellungnahme der Patriarchen und weiteren Kirchenoberen. Aufzeichnungen von Sicherheitskameras zeigen zwei Männer, bekleidet mit Kippa und dem traditionellen Tallit Katan, wie sie das Grabmal eines protestantischen Bischofs von Jerusalem, etliche Steinkreuze und Grabsteine christlicher Polizisten aus der britischen Mandatszeit zerschlugen. Die Schändung sei nicht der erste Übergriff auf den Friedhof, erinnern die Kirchenvertreter, sondern folge einem Muster von Angriffen auf christliche Stätten, die seit mehr als einem Jahrzehnt immer öfter vorkämen. Die Unterzeichner fordern die israelischen Behörden auf, die Verantwortlichen mit der vollen Härte des Gesetzes zu verfolgen und ihre Taten als Hassverbrechen zu behandeln. „Darüber hinaus können diese Akte nicht als isolierte Vorfälle betrachtet werden“, heißt es weiter. Dahinter stehe der systematische Versuch, einer Seite die alleinigen Rechte im Heiligen Land zu verschaffen und damit den historischen Status quo anzugreifen. Dieser beruhe jedoch auf internationalem Recht sowie dem Schutz und gegenseitigen Respekt aller Religionsgemeinschaften. Die Erklärung schließt mit einem Appell an die religiösen und politischen Führer weltweit, Angriffe wie diesen einhellig zu verurteilen und die Rechte aller drei abrahamitischen – Judentum, Christentum und Islam – im Heiligen Land zu verteidigen. (kna öki 10.01.2023)
- **Strengreligiöse Juden (Haredim) sind die am schnellsten wachsende Gruppe innerhalb der israelischen Gesellschaft.** Bis zum Ende des Jahrzehnts wird ihr Anteil 16 Prozent der israelischen Gesamtbevölkerung ausmachen, wie örtliche Medien unter Berufung auf einen Bericht des „Israel Democracy Institute“ berichteten. Laut dem zentralen israelischen Statistikbüro liegt die Wachstumsrate der strengreligiös-jüdischen Bevölkerung mit gegenwärtig vier Prozent höher als in allen anderen Gesellschaftsgruppen. Im Schuljahr 2021/22 gehörten demnach 19,5 Prozent aller Schüler unter 18 Jahren dem Haredi-Sektor an. Mit 1,28 Millionen stellen die ultraorthodoxen Juden gegenwärtig 13,5 Prozent der 9,45 Millionen Israelis. Die Mehrheit von ihnen lebt demnach in Jerusalem (26 Prozent) und Bnei Brak bei Tel Aviv (knapp 17 Prozent). Mit rund 44 Prozent ist die Armutsrate der Ultraorthodoxen doppelt so hoch wie in anderen israelischen Gesellschaftsgruppen (22 Prozent). Das durchschnittliche Einkommen eines strengreligiös-jüdischen Haushalts lag dabei im Jahr 2019 bei umgerechnet 3.730 Euro, verglichen mit durchschnittlich 5.770 Euro in anderen jüdischen Haushalten. (kna öki 10.01.2023)
- **Zwei Prozent mehr als im Vorjahr: Israel verzeichnet 185.000 christliche Bürger für das Jahr 2022.** Sie machten 1,9 Prozent der Bevölkerung von insgesamt 9,7 Millionen Israelis aus, berichtete das Medienzentrum der Franziskaner unter Berufung auf Zahlen des nationalen Statistikbüros. 76 Prozent der israelischen Christen seien Araber, die übrigen Angehörige oder Nachkommen jüdischer Einwanderer aus Osteuropa. Die Mehrheit der arabischen

Christen lebt laut den Angaben im Norden des Landes und in der Küstenregion um Haifa, der größten christlichen Bevölkerung (21.100), gefolgt von Haifa (16.700) und Jerusalem (12.900). Die Zahl der Christen in Israel sei in den vergangenen 70 Jahren kontinuierlich gestiegen – entgegen anderslautenden Meldungen, so das Medienzentrum. 1950 waren es demnach 36.000, 1970 rund 75.500; und zwischen 1990 und 2000 habe es einen Anstieg von 114.000 auf 135.000 gegeben. Dieser sei vor allem auf die Einwanderungswelle nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zurückzuführen, bei der Juden samt ihren christlichen Ehepartnern oder Kindern ins Land kamen. Nach dem Rückkehrgesetz ermöglicht ein jüdischer Großelternteil, die israelische Staatsbürgerschaft zu beanspruchen. Die neue Regierung versucht derzeit, diese Regelung einzuschränken; denn nach der religiösen Definition ist Jude, wer von einer jüdischen Mutter geboren wurde. 2021 wurden laut den Franziskanern in Israel 582 christliche Ehen geschlossen und 2.434 Geburten registriert. Die Geburtenrate bei Christen sei von 1,85 im Jahr 2020 auf 1,77 gesunken. In den Grund- und Sekundärschulen wurden zuletzt 26.752 christliche Schüler unterrichtet. (kna öki 17.01.2023)

### **3. Personen**

- **Josef Schuster (68)**, Arzt aus Würzburg und seit 2014 Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, ist für eine weitere vierjährige Amtszeit wiedergewählt worden. Auch die Vizepräsidenten Mark Dainow (Offenbach) und Abraham Lehrer (Köln) wurden in ihren Ämtern bestätigt. (kna öki 29.11.2022)
- **Irith Michelsohn (Bielefeld) ist neue Vorsitzende der Union progressiver Juden in Deutschland (UpJ)**. Sie folgt auf Rabbiner Walter Homolka, der nach Vorwürfen des Machtmissbrauchs nicht erneut antrat. Michelsohns Stellvertreterin ist jetzt die bisherige Schatzmeisterin Alexandra Khariakova (Unna), die auch Vorsitzende des Landesverbandes progressiver jüdischer Gemeinden in NRW ist. Schatzmeister wurde Michael Heimann (Hamburg). Ebenfalls im neuen Vorstand sind Daniel Schaban (Köln) und Mircea Ionescu (Bremerhaven). Die UpJ ist ein Zusammenschluss von 27 liberalen Gemeinden und 4 Institutionen in Deutschland mit rund 5.500 Mitgliedern. (kna öki 13.12.2022)
- **Andreas von Schoeler (74), früherer Frankfurter Oberbürgermeister**, erhält den Ignatz-Bubis-Preis für Verständigung. Die mit 50.000 Euro dotierte Auszeichnung wird ihm für sein Eintreten für die Interessen des Jüdischen Museums und der Jüdischen Gemeinschaft in Frankfurt verliehen, wie die Stadt mitteilte. Von Schoeler war von 1976 bis 1982 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesinnenminister; 1982 trat er aus der FDP aus und in die SPD ein. Von 1991 bis 1995 war er Oberbürgermeister von Frankfurt am Main. Schoeler war bis 2021 Vorstandsvorsitzender der Gesellschaft der Freunde und Förderer des Jüdischen Museums Frankfurt. Diese verleiht alle zwei Jahre den „Ludwig Landmann-Preis für Mut und Haltung“, mit dem erstmals 2020 der Holocaust-Forscher Saul Friedländer ausgezeichnet wurde. Der Ignatz-Bubis-Preis ist nach dem früheren Präsidenten des Zentralrats der Juden benannt und wird alle drei Jahre verliehen. Den Preis erhalten seit 2001 Einzelpersonen, Institutionen oder Organisationen, deren öffentliches Wirken durch von Bubis verkörperte Werte geprägt ist. Mit dem Preis soll an Lebenswerk und Persönlichkeit von Bubis (1927- 99) erinnert werden. (kna öki 10.01.2023)
- **Rabbiner Schimon Baadani, geistliches Oberhaupt der strengreligiös-jüdischen Schass-Partei**, ist am 11. Januar mit 94 Jahren in einem Krankenhaus in der ultraorthodoxen Stadt Bnei Brak gestorben. Baadani wurde 1928 als Sohn jemenitischer Juden in der Küstenstadt Hadera geboren. Nach der Gründung der Schass-Partei in den 1980er Jahren wurde er in den „Rat der Weisen der Thora“ berufen, dessen Präsident er 2022 wurde. Als wahrscheinlicher Nachfolger gilt Jitzchak Josef (70), dessen Amtszeit als sephardischer Oberrabbiner Israels 2024 endet. Die Schass-Partei wurde 1984 von sephardischen Rabbinern gegründet, um eine politische Interessenvertretung für aus Nordafrika und dem Nahen Osten stammende Juden neben den westlichen (aschkenasischen) Juden zu schaffen. Zu den Mitbegründern gehörte der prominente Rabbiner Ovadia Josef, der bis zu seinem Tod 2013 geistlicher Führer der Schass war. Auf ihn folgte Rabbiner Schalom Cohen, der im August 91-jährig starb. (kna öki 17.01.2023)

## 4. Bücher

- **Theologe: Neue Erkenntnisse zur Trennung von Juden und Christen. „Teile unserer Geschichtsbücher müssen umgeschrieben werden“:** In seltener Einigkeit haben christliche Theologen und Judaisten mit diesen Worten das neue Buch des Wiener Neutestamentlers Markus Tiwald mit dem Titel „Parting of the Ways“ gewürdigt. Darin zeichnet Tiwald den komplexen und keineswegs geradlinig verlaufenden Prozess der Trennung von Judentum und Christentum nach. Ein Prozess, der „an unterschiedlichen Orten und mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten ablief und nicht einmal durch die christologischen Fixierungen des vierten Jahrhunderts seinen endgültigen Abschluss fand“, wie Tiwald bei einer Buchpräsentation in Wien betonte. Auf rund 500 Seiten zeichnet der Bibelwissenschaftler nach, wie stark religiöse Motive im Frühjudentum und beginnenden Christentum sich durchmischten und wie wichtig das Wissen auch um die Geschichte des Judentums ist, um die Figur des Jesus von Nazareth ebenso wie Paulus, Petrus und andere Zentralgestalten des Christentums zu verstehen. „Jesus und seine ersten Nachfolger waren Juden – eine Glaubensgemeinschaft abseits des Judentums hatten sie nie intendiert“: Diese inzwischen verbreitete Einsicht werde erst durch die Zusammenschau neuerer Forschungen lebendig, so Tiwald. In seinem Buch beruft er sich etwa auf Forschungen des Wiener Judaisten Günter Stemberger. Beispiele für notwendige historische Revisionen seien etwa die „Synode von Javné“, die übliche These, der Christusglaube bzw. das Christusbekenntnis habe die Trennung besiegelt, und die Rede von „jüdischen Christenverfolgungen“. Die These einer den biblischen Kanon des Judentums fixierenden und somit eine Trennung vom Christentum forcierenden „Synode von Javné“ zum Ende des ersten Jahrhunderts nach Christus sei nicht mehr haltbar, so Tiwald. Eine solche Zusammenkunft und die angebliche dortige „Verfluchung der Christen durch die Synode“ habe nie stattgefunden, sondern bleibe eine „Konstruktion von Heinrich Graetz im 19. Jahrhundert“. Gleiches gelte für die These, das Christusbekenntnis habe den Bruch besiegelt: Im Frühjudentum seien zahlreiche „Zeichenpropheten mit messianischen Anklängen“ belegt, die zwar zu Meinungsverschiedenheiten, nicht aber zum Bruch geführt hätten. Auch die Annahme von „jüdischen Christenverfolgungen“ unter Verweis auf die Steinigung des Stefanus und die Hinrichtung des Zebedaiden Jakobus habe keine historische Basis. Vielmehr habe es sich vermutlich um „spontane Lynchjustiz, resultierend aus innerjüdischen Gruppenstreitigkeiten zwischen einer liberalen und einer konservativen Lesart des jüdischen Gesetzes“ gehandelt. Beim anschließenden Podiumsgespräch verwiesen die Judaisten Stemberger und Gerhard Langer zudem darauf, dass mit einer verkürzten Wahrnehmung des Judentums in der christlichen Theologie aufgeräumt werden müsse: Das Judentum speise sich aus wesentlich mehr Quellen als aus den alttestamentlichen Schriften. Nur wenn man die vielen anderen Quellen hinzuziehe, werde sichtbar, dass Altes und Neues Testament eben nicht nahtlos ineinander übergingen. „Es gab keine punktuelle Trennung, sondern eine Pendelbewegung über Jahrhunderte hinweg“, sagte Stemberger. Eine historisch genaue Rekonstruktion unter Berücksichtigung möglichst vieler Quellen bleibe auch für den christlich-jüdischen Dialog nicht folgenlos, zeigten sich die Diskutanten überzeugt. Von einem „dringend notwendigen Paradigmenwechsel“ in der christlichen Wahrnehmung des Judentums sprach etwa der Religionspädagoge und Präsident des Koordinierungsausschusses für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Martin Jäggle. Auch bei der Betrachtung neutestamentlicher, „auf uns heute antijüdisch wirkender Stellen“ etwa im Johannesevangelium oder in paulinischen Briefen könne eine dem Buch entlehnte genaue Relecture der historischen Quellen und Diskussionen der Zeit zu einem differenzierteren Blick beitragen – freilich ohne tatsächliche Antijudaismen auf diese Weise zu relativieren, so Stemberger.

**Markus Tiwald, Frühjudentum und beginnendes Christentum. Gemeinsame Wurzeln und das Parting of the Ways, 448 Seiten, Kohlhammer 2022, 49 Euro.** (kna öki 06.12.2022)